



## Niederschrift 22. öffentliche/nicht öffentliche Sitzung des Ausschusses für Bildung und Sport

---

<b>Sitzungstermin:</b>	Dienstag, 19.10.2010
<b>Sitzungsbeginn:</b>	17:30 Uhr
<b>Sitzungsende:</b>	19:45 Uhr
<b>Ort, Raum:</b>	Raum 1.077, Stadthaus, Friedrich-Ebert-Str. 79/81

---

### Anwesend sind:

#### Ausschussvorsitzender

Herr Michael Schröder CDU Leitung der Sitzung

#### Ausschussmitglieder

Frau Hella Drohla DIE LINKE  
Herr Stefan Wollenberg DIE LINKE  
Herr Volker Klamke SPD  
Frau Dr. Manja Orłowski SPD  
Herr Andreas Menzel Bündnis 90/Die Grünen Teilnahme bis 18:55 Uhr  
Frau Martina Engel-Fürstberger FDP

#### sachkundige Einwohner

Herr Hans-Joachim Ziebarth CDU  
Frau Sabine Bittrich Migrantenbeirat  
Herr Florian Engels SPD  
Frau Beate Kruczek FDP

#### Beigeordnete

Frau Dr. Iris Jana Magdowski

#### Gast

Frau Josefine Ewers FB Schule und Sport  
Herr Eckhard Dörnbrack Staatliches Schulamt  
Herr Dr. Detlef Knuth BL Naturkundemuseum  
Frau Rosemarie Spatz Naturkundemuseum  
Herr Bernd Richter KIS  
Herr Dieter Lehmann FB 49  
Frau Angela Frevert Kreisschulbeirat  
Dr. Katja Schröter BIP Kreativitätszentrum  
gGmbH  
Herr Matthias Hoch Schule am Griebnitzsee  
Herr Peter Pfennig Schule am Griebnitzsee  
Herr Roland Sima Schule am Griebnitzsee

Herr Jan Krech  
Frau Pentsi  
Frau Gudrun Wildgrube

Behindertenbeirat  
MAZ  
Ausschussbetreuerin

### **Nicht anwesend sind:**

### **sachkundige Einwohner**

Frau Kathleen Krause  
Herr Frank Prinz-Schubert  
Frau Inge Stab  
Herr Dr. Alexander Steinicke  
Herr Sven Stolpe

SPD  
Die Andere  
Grüne/B90  
DIE LINKE  
DIE LINKE

Entschuldigt  
nicht anwesend  
Entschuldigt  
Entschuldigt  
nicht anwesend

### **Tagesordnung:**

#### **Öffentlicher Teil**

- 1 Eröffnung der Sitzung
  
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /  
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des  
öffentlichen Teils der Sitzung vom 28.09.2010 / Feststellung der öffentlichen  
Tagesordnung
  
- 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
  
- 3.1 Ausschusszuständigkeitsordnung der Landeshauptstadt Potsdam  
Vorlage: 10/SVV/0633  
Servicebereich Recht
  
- 3.2 Konzept zur Verknüpfung des Bildungsauftrages Naturkundemuseum mit  
Biosphäre und PIK  
Vorlage: 10/SVV/0700  
Fraktion CDU/ANW, Fraktion B90/Die Grünen, Fraktion SPD
  
- 3.3 Neubau einer weiterführenden Schule im Norden Potsdams  
Vorlage: 10/SVV/0701  
Fraktion CDU/ANW, Fraktion SPD, Fraktion FDP
  
- 3.4 Turnhallenabriss und -neubau auf dem Gelände der Grundschule am  
Griebnitzsee (33) und der Marienschule  
Vorlage: 10/SVV/0809  
Fraktion DIE LINKE
  
- 4 Mitteilungen der Verwaltung
  
- 5 Sonstiges

## Protokoll:

### Öffentlicher Teil

#### zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende eröffnet die Sitzung.

#### zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 28.09.2010 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

**Herr Schröder** stellt Beschlussfähigkeit und ordnungsgemäße Ladung fest.

**Frau Drohla** beantragt zu TOP 3.4 Rederecht für einen Vertreter der Grundschule am Griebnitzsee und bittet um Erweiterung der Tagesordnung zur Problematik Unterrichtsausfall am Anfang des Schuljahres.

**Herr Schröder** schlägt vor diesen Punkt unter TOP 4 zu behandeln.

Die Ausschussmitglieder verständigen sich dazu, dass Herr Pfennig als Elternvertreter der Grundschule am Griebnitzsee Rederecht erhält.

**Herr Engels** vermisst den in der letzten Sitzung angekündigten TOP zum Brandschutz und fragt nach der weiteren Verfahrensweise.

**Herr Schröder** erklärt, dass der KIS, die Feuerwehr und die Bauaufsicht zur heutigen Sitzung eingeladen wurden. Da Herr Beck im Urlaub ist, wird die Behandlung in der Novembersitzung erfolgen.

**Frau Dr. Orlowski** möchte wissen, warum die DS 10/SVV/0629 in die Novembersitzung zurückgestellt wurde.

**Herrn Menzel** interessiert das Thema Vertretungsreserve und der Sachstand zum Bolzplatz Groß Glienicke.

#### zu 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung zu 3.1 Ausschusszuständigkeitsordnung der Landeshauptstadt Potsdam

**Vorlage: 10/SVV/0633**

Servicebereich Recht

**Herr Schröder** verweist auf den Änderungsantrag der Fraktion FDP.

**Frau Engel-Fürstberger** bringt den **Änderungsantrag der Fraktion FDP** ein:

**Ergänzend zu § 4 "Aufgaben und Rechte der Ausschüsse" soll die Ausschusszuständigkeitsordnung der Landeshauptstadt Potsdam um folgenden Unterpunkt erweitert werden:**

**3. Innerhalb ihres jeweiligen Zuständigkeitsbereiches besitzen die ständigen Ausschüsse das Recht, sich aus eigener Initiative mit einem Sachverhalt zu beschäftigen (Selbstbefassungsrecht).**

**Frau Dr. Orlowski** möchte, dass die Verwaltung erst prüfe, ob das

Selbstbefassungsrecht mit § 1 geregelt sei.

**Herr Schröder** verweist auf die dazu in der letzten Sitzung geführte Diskussion und stellt den Änderungsantrag zur Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis des Änderungsantrages der FDP:**

Zustimmung: 6  
Ablehnung: 0  
Stimmenthaltung: 1

**Herr Schröder** stellt die DS 10/SVV/0633 mit Änderungsantrag der Fraktion FDP zur Abstimmung.

**Beschlusstext:**

Der Ausschuss für Bildung und Sport beschließt die Ausschusszuständigkeitsordnung der Landeshauptstadt Potsdam **mit folgender Ergänzung zu § 4 "Aufgaben und Rechte der Ausschüsse"**

**3. Innerhalb ihres jeweiligen Zuständigkeitsbereiches besitzen die ständigen Ausschüsse das Recht, sich aus eigener Initiative mit einem Sachverhalt zu beschäftigen (Selbstbefassungsrecht).**

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 6  
Ablehnung: 0  
Stimmenthaltung: 1 Die Vorlage wird geändert beschlossen.

**zu 3.2 Konzept zur Verknüpfung des Bildungsauftrages Naturkundemuseum mit Biosphäre und PIK**

**Vorlage: 10/SVV/0700**

Fraktion CDU/ANW, Fraktion B90/Die Grünen, Fraktion SPD

**Frau Dr. Magdowski** verweist auf den hohen Stellenwert der Angebote des Naturkundemuseums für die Bildung in der Stadt. Die Angebote bilden ein wichtiges Fundament für die Sensibilisierung zur Umweltbildung. Für die Intensivierung dieser Arbeit fehlen jedoch die Ressourcen. Der Antrag könnte helfen, ein entsprechendes Angebot aufzubauen.

**Dr. Knuth** begrüßt den Antrag. Um eine entsprechende Konzeption zu erarbeiten, sei es notwendig, möglichst viele Wissenschaftseinrichtungen für eine Mitarbeit zu gewinnen und auch an der Umsetzung zu beteiligen. Das Naturkundemuseum könne diese Aufgabe grundsätzlich übernehmen, sei jedoch aufgrund der derzeitigen Personalsituation (fehlendes wissenschaftliches Personal) und der aktuell anstehenden Arbeiten (Sanierung Breite Straße 11, Umzug von Sammlungen und Präparationswerkstatt aus der Hebbelstraße 1 in die Breite Straße 11 bis 31.12.2010 – in nur 6 Wochen) nicht in der Lage, diese umfassende konzeptionelle Arbeit bis zum Januar 2011 zu leisten. Als Grundvoraussetzung sehe er die Notwendigkeit der Schaffung einer entsprechenden Projektstelle für einen wissenschaftlichen Mitarbeiter. Er selbst könne diese Aufgabe nebenbei nicht leisten.

**Frau Dr. Magdowski** ergänzt, man solle abwarten, was sich aus der Neuordnung der Biosphärenlandschaft ergebe.

**Herr Schröder** stimmt Frau Dr. Magdowski zu. Man sei bereit, für die

Konzepterarbeitung mehr Zeit einzuräumen. Personal könne jedoch nicht zugesagt werden, weil das haushaltsrelevant sei. Die Verwaltung sollte zunächst Rahmenbedingungen definieren. Es sei wichtig, den Menschen das Thema Nachhaltigkeit zu vermitteln. Wegen einer Personaldiskussion solle der Antrag nicht von der Tagesordnung genommen werden. Das Konzept könne aber durchaus eine Personalstelle zum Ergebnis haben.

**Frau Dr. Orlowski** begrüßt den Antrag. Da Potsdam eine HSK-Gemeinde sei könnte es ein Pilotprojekt sein. Eventuell könne man beim Wissenschaftsministerium wegen Unterstützung nachfragen. Vielleicht sei auch eine Unterstützung durch Studierende der Universität Potsdam denkbar.

**Dr. Knuth** erklärt, dass sich im Land Brandenburg viele wissenschaftliche Einrichtungen mit dem Thema beschäftigen. Studenten könnten das Konzept nicht erarbeiten. Er könne die erforderliche tiefgreifende Arbeit nebenbei nicht leisten.

**Herr Schröder** dankt für die Hinweise und meint, es könne nicht Aufgabe der Politik sein, alles bis zum Ende vorzugeben. Wenn es nicht machbar sei, müsse der Oberbürgermeister signalisieren, dass die Verwaltung den Auftrag nicht umsetzen könne. Er denke, die Verwaltung habe Kapazitäten, auf die sie zurückgreifen kann und verweist auf die Koordinierungsstelle Klimaschutz. Der Auftrag sollte erteilt werden.

**Herr Wollenberg** teilt das Anliegen. Die vorgeschlagene Verfahrensweise erscheint ihm nicht plausibel. Er möchte wissen, ob es möglich sei, die Arbeitsschritte und den nötigen Umfang für eine Konzepterstellung abzuschätzen, um einen haushaltsbegleitenden Beschluss einzubringen.

**Herr Menzel** unterstützt die Erstellung eines Grobkonzeptes in welchem der Personalbedarf aufgezeigt werde. Es gehe nicht nur um Inhalt, sondern auch um Kompetenz.

**Herr Klamke** spricht sich dafür aus, das Grobkonzept zu Papier zu bringen und Fachgespräche mit den Partnern zu führen um abzuschätzen, was jeder Partner leisten könne und wolle. Danach sollten weitere Entscheidungen getroffen werden.

**Dr. Knuth** erklärt, er könne eine Konzeptskizze schreiben. Die Gespräche mit den Forschungseinrichtungen solle man jedoch erst führen, wenn feststehe, ob es auf den Weg gebracht werde.

**Frau Dr. Orlowski** meint, man solle sich fragen, ob das Projekt so viel wert sei, dass man Personal aquirieren wolle. Man sollte nicht Anträge stellen und so tun, als wisse man nicht, was sie kosten.

**Frau Engel-Fürstberger** erklärt, man solle sich auf ein Grobkonzept einigen und überlegen, wer es macht.

**Frau Dr. Magdowski** schlägt vor, dass Dr. Knuth ein Grobkonzept erarbeitet und die Ausschussmitglieder entscheiden, wie damit umgegangen werden soll.

**Herr Wollenberg** schlägt vor, den letzten Satz des Beschlusstextes zu streichen und zu ersetzen durch:  
Der Arbeitsstand ist dem Ausschuss für Bildung und Sport zu berichten.

**Dr. Knuth** erklärt, dass die Vorlage einer Ideenskizze bis Januar 2011 möglich sei.

**Die Ausschussmitglieder verständigen sich dazu, den Antrag bis zur Januarsitzung 2011 zurückzustellen.**

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 7

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 0

Der Antrag wird zurückgestellt.

**zu 3.3 Neubau einer weiterführenden Schule im Norden Potsdams**

**Vorlage: 10/SVV/0701**

Fraktion CDU/ANW, Fraktion SPD, Fraktion FDP

**Frau Dr. Magdowski** erklärt, dass eine weiterführende Schule im Potsdamer Norden erforderlich sei. Der Entwicklungsträger habe eine Machbarkeitsstudie vorgelegt, wonach ein Gymnasium unter Zugrundelegung der Raumprogrammempfehlungen des MBS am Standort Pappelallee untergebracht werden könne. Das treffe vorbehaltlich von Überarbeitungen der Machbarkeitsstudie seitens des Architektenbüros auch für eine Gesamtschule zu. Die Überarbeitung liege noch nicht vor, soll aber im Bildungs- und Hauptausschuss im November vorgestellt werden. Die Ergebnisse der 1. Elternbefragung wurden im Ausschuss für Bildung und Sport am 28.09.2010 vorgestellt. Die Rückläufe der 2. Elternbefragung liegen inzwischen im Fachbereich Schule und Sport vor und das Ergebnis wird dem Bildungsausschuss ebenfalls im November vorgestellt. Ungeklärt sei die Finanzierung.

**Herr Lehmann** verweist darauf, dass Priorität 1 im Entwicklungsbereich per Gesetz geregelt sei. Deshalb sei die Maßnahme in der Liste der Verwaltung nicht ausgewiesen. Die Finanzierung sei eine große Herausforderung. Fest stünde, dass dem Antrag diesbezüglich nicht gefolgt werden könne, da Voraussetzungen für eine Verlängerung der Entwicklungsmaßnahme nicht vorlägen. Dazu werde der Finanzausschuss beraten.

**Herr Schröder** empfiehlt den letzten Satz des Beschlusstextes wie folgt zu ändern:

Die für den Bau der Schule erforderliche B-Plan Änderung ist ~~in~~ **mit höchster Priorität 1 aufzunehmen voranzubringen.**

**Frau Dr. Orlowski** hat offene Fragen bezüglich der Schülerzahlen. Mit einer 4-Zügigkeit lege man sich auf ein Gymnasium fest. Für eine Gesamtschule wären 5 Züge vorzuhalten. Für die Novembersitzung möchte sie eine Diskussion zum Schulentwicklungsplan in Gänze anmelden. 13 Schuljahre seien nicht nur an einer Gesamtschule, sondern auch an einem beruflichen Gymnasium möglich.

**Herr Schröder** erklärt, dass laut Antrag die Festschreibung des Standortes und der Schulform bis zur Haushaltsberatung gefordert sei.

**Frau Ewers** verweist auf Mitteilungsvorlage, wonach der Entwicklungsträger mögliche Standorte prüfen solle. Diese Prüfung läuft. Die Machbarkeitsstudie bezog sich auf ein 4-zügiges Gymnasium an der Pappelallee. Für die Gesamtschule erwarte man vom ETBF eine überarbeitete Fassung, welche mit

dem Ergebnis der zweiten Elternbefragung zur Novembersitzung vorliegen soll. Zum Schulentwicklungsplan insgesamt könne sie in der nächsten Sitzung nichts vorstellen.

**Herr Menzel** weist im Zusammenhang mit der Festlegung der Priorität 1 darauf hin, dass diese aufgrund der personellen Ausstattung der Bauverwaltung möglicherweise nicht umgesetzt werde. Er bittet Frau Dr. Magdowski diesen Hinweis mitzunehmen.

**Frau Dr. Magdowski** will den Hinweis in die Beigeordnetenkonferenz mitnehmen. Wenn man Wohnungsbau fördere, gehöre eine entsprechende Infrastruktur dazu.

Nach weiterer Diskussion fasst **Herr Schröder** zusammen, dass anhand des Ergebnisses der Elternbefragung in der Novembersitzung über Schulform und Zügigkeit zu beraten sei. Falls sich Rahmenbedingungen verändert haben, könne man auch Fragen zum Schulentwicklungsplan diskutieren.

#### **Beschlusstext:**

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, dafür Sorge zu tragen, dass der Standort sowie die Schulform für die weiterführende Schule im Nordraum Potsdams spätestens bis zum Beginn der Haushaltsberatungen für den Kommunalhaushalt 2011 festgeschrieben wird. Darüber hinaus wird der Oberbürgermeister beauftragt, die Finanzierung des Schulneubaus einschließlich der erforderlichen Planungsleistungen zu sichern. In diesem Zusammenhang ist eine Vorfinanzierung des Schulneubaus aus dem Treuhandvermögen Bornstedter Feld sowie eine damit verbundene Verlängerung der Entwicklungsmaßnahme zu prüfen.

Die für den Bau der Schule erforderliche B-Plan Änderung ist ~~in~~ **mit höchster Priorität 1 aufzunehmen voranzubringen.**

#### **Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	7	
Ablehnung:	0	
Stimmenthaltung:	0	Der Antrag wird geändert beschlossen.

### **zu 3.4 Turnhallenabriss und -neubau auf dem Gelände der Grundschule am Griebnitzsee (33) und der Marienschule**

**Vorlage: 10/SVV/0809**

Fraktion DIE LINKE

**Herr Pfennig** bringt seinen Unmut über bisher widersprüchliche Aussagen zum Ausdruck. Er fordert, in jedem Fall sicher zu stellen, dass für die Schule so schnell wie möglich eine Ersatzlösung geschaffen werde und fordert schnelle Klarheit.

**Herr Richter** informiert, dass die Nutzung der Turnhalle bis November 2011 vertraglich gesichert sei. Im Sommer 2012 gehe eine neue Turnhalle ans Netz. Eine Verzögerung des Abrisses sei laut Aussage des Erzbistums nicht möglich. Man müsse mit der neuen Situation umgehen.

**Frau Ewers** erklärt, dass nach Lösungen gesucht werde. Die Schulleitung sei gefordert, einen konzeptionellen Vorschlag zu unterbreiten. Dabei werde der Fachbereich Schule und Sport selbstverständlich helfen. Es seien auch schon andere Turnhallen über Winter saniert worden. Am 26.10.2010 werde man sich

mit der Schulleiterin über Möglichkeiten verständigen, z. B über epochalen Unterricht.

**Frau Drohla** bringt den Antrag ein. Der Oberbürgermeister habe mehrfach formuliert, es werde keine Turnhalle abgerissen, bevor eine neue Turnhalle vorhanden sei. Man dürfe keine Abstriche an der Unterrichtsqualität zulassen.

**Herr Schröder** erklärt, das Anliegen sei verstanden. Dem stehe die vertragliche Formulierung entgegen. Er schlägt eine Änderung des Antragstextes vor.

Die vorgeschlagene Änderung wird vom Antragsteller übernommen.

**Herr Klamke** spricht sich dafür aus, die Beratung am 26.10.2010 abzuwarten und fragt, was mit dem Vereinsport in der neuen Turnhalle passiere.

**Herr Richter** erklärt, dass sich mit der neuen Turnhalle die Bedingungen erheblich verbessern werden. Ein kompletter Hallenteil und Umkleide seien für die Schul- und Vereinssportnutzung reserviert. In gegenseitiger Abstimmung sei auch die Gesamtnutzung der Halle möglich. Er verweist auf die bereits durchgeführten Sanierungen der Turnhallen der Zeppelin-Grundschule und der Grundschule am Priesterweg. Das Ergebnis rechtfertige durchaus Einschränkungen. Abzüglich der Ferien habe man drei Wintermonate abzusichern.

**Herr Schröder** lässt den geänderten Antrag abstimmen.

#### **Beschlusstext:**

Der Oberbürgermeister wird beauftragt dafür zu sorgen, dass ~~eine Entscheidung über den Abriss der alten Turnhalle erst getroffen wird, wenn~~ **ab dem geplanten Abriss bis zur Fertigstellung der neuen Turnhalle** der reguläre Sportunterricht der Grundschüler durch gleichwertige Alternativen abgesichert ist.

Entsprechende Vorschläge sind der Stadtverordnetenversammlung bis zur Dezembersitzung 2010 in einer Mitteilungsvorlage darzulegen.

#### **Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung:	6	
Ablehnung:	0	
Stimmenthaltung:	0	Der Antrag wird geändert beschlossen.

#### **zu 4      Mitteilungen der Verwaltung**

**Herr Dörnbrack** gibt Erläuterungen zur Nachfrage bezüglich der Vertretungsreserve. Diese wird in der Verwaltungsvorschrift Unterrichtsorganisation geregelt. Die Schulen wurden voll ausgestattet, darin enthalten sind 3 Prozent Vertretungsreserve. 2 Prozent werden i.d.R. an die Schule ausgereicht, 1 Prozent wird im Staatlichen Schulamt einbehalten, um bei Vertretungsbedarf darauf zurückzugreifen. Auslöser war ein Brief von Eltern der Eisenhart-Schule. Nach Rücksprache mit dem zuständigen Schulrat steht der Schule inzwischen eine Vertretungslehrkraft mit 28 LWS zur Verfügung. Günstiger sei es in solchen Fällen, mit der Schule oder dem Schulrat Rücksprache zu nehmen, um Missverständnisse auszuräumen und eine Klärung herbeizuführen.

**Frau Drohla** verweist auf gleiche Situationen an der Karl-Foerster-Schule, der Grundschule am Priesterweg und in der Waldstadt. Sie fragt, ob es für Kollegen,

die z. B. 20 Stunden beschäftigt sind, die Möglichkeit gebe, auf Honorarbasis zu arbeiten, ob diese Kollegen normal eingestuft werden könnten oder ob es andere Möglichkeiten gebe.

**Herr Dörnbrack** erklärt, dass grundsätzlich keine Honorarverträge mit Lehrkräften durch das Schulamts geschlossen werden. Das erfolge nur seitens der Schulen z. B. bei Tätigkeiten für Arbeitsgemeinschaften oder im Rahmen von Ganztags und habe mit Unterricht nichts zu tun. Einzelne Lehrkräfte aus der Nichtabsenkung herauszunehmen sei kompliziert, werde aber im notwendigen Bedarfsfall praktiziert. Das lohne sich finanziell für eine Lehrkraft nur, wenn es auf Vollbeschäftigung hinauslaufe. Das Staatliche Schulamts berate die Schulleiter, wenn es notwendig sei.

**Frau Drohla** fragt, ob man die Höherstufung dem Land vortragen solle.

**Herr Dörnbrack** verweist darauf, dass der Tarifvertrag am Ende des Schuljahres auslaufe. Damit haben alle Lehrkräfte Anspruch auf Vollbeschäftigung.

**Herr Wollenberg** bemerkt, dass eine Schule 50 Lehrkräfte brauche, um bei 2 Prozent 1 Lehrkraft ersetzen zu können. Die Größenordnung von 2 Prozent scheint sehr knapp bemessen zu sein. Er fragt, ob an Veränderungen gedacht sei, um die Qualität des Unterrichtes abzusichern.

**Herr Dörnbrack** verweist auf die Festlegung von 3 Prozent Vertretungsreserve laut Verwaltungsvorschrift. Dazu gab es ein Interview mit dem Minister, wonach daran nicht gerüttelt werde.

**Frau Engel-Fürstberger** fragt nach der Kapitalisierung der Vertretungsreserve.

**Herr Dörnbrack** erklärt, dass es Finanzmittel für MoSeS Schulen gebe. Sie meine sicher Budgetierung. Diese komme z. Z. nicht in Frage, weil als eine Voraussetzung dafür im Schulamtsbereich an der Schule keine Überhänge vorhanden sein dürfen.

**Frau Engel-Fürstberger** verweist darauf, dass die Stadt Kleinmachnow Geld zur Verfügung gestellt habe. Bei Bedarf wurde den Schulen Personal vermittelt und durch die Stadt bezahlt. Sie zieht in Erwägung, einen entsprechenden Antrag für Potsdam zu stellen.

**Herr Dörnbrack** erklärt, dass es dazu eine Auswertung gegeben habe. Es seien qualifizierte Aufsichtskräfte eingestellt worden, die keinen selbständigen Unterricht erteilen dürfen. Man habe u.a. auf Rentner zurückgegriffen. Nachteilig sei, dass diese Kollegen nicht bewerten dürfen. Bildung sei Auftrag des Landes und nicht der Kommune.

**Frau Kruczek** informiert, dass die Elternkonferenz der Eisenhart-Schule beschlossen habe, den Brief zu verschicken. Die Schule sei nicht die einzig betroffene Schule. In diesem Schulhalbjahr müsse z. B. LER und Religionsunterricht ausfallen, weil kein Lehrer zur Verfügung stehe. Man könne nur über Eltern etwas in Umlauf bringen, sonst laufe nichts.

**Herr Schröder** merkt an, dass das Konnexitätsprinzip gewahrt bleiben sollte.

**Frau Dr. Orlowski** spricht sich dafür aus, dass die Eltern das Problem mit der richtigen Stelle klären sollten. Dieses Problem sei mit dem Bildungsministerium

zu klären, was man den Landtagsfraktionen überlassen sollte.

**Frau Dr. Magdowski** verweist auf die kommunalen Aufgaben. Die Stadt könne den Lehrereinsatz nicht steuern. Man sollte das Land stärker in die Pflicht nehmen und sich dafür stark machen, dass staatliche Schulen ausreichend Lehrer erhalten und nicht Lehrermangel durch städtische Unterstützung ersetzen.

**Frau Drohla** verliest die vorliegende Antwort des Landes auf die Anfrage der Landtagsfraktion.

**zu 5      Sonstiges**

Herr Menzel hatte zu Beginn der Sitzung eine Nachfrage zum Bolzplatz Groß Glienicke angemeldet, hat aber die Sitzung eher verlassen, um an der Sitzung des Ortsbeirates teilzunehmen.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen.

Michael Schröder  
Ausschussvorsitzender

Gudrun Wildgrube  
Ausschussbetreuerin